

2009-04-30

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen am 27.01.2009

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:40 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Koschig begrüßte die Mitglieder und Gäste beider Ausschüsse und stellte die form- und fristgemäße Ladung fest. Im Weiteren wurde festgestellt, dass der Haupt- und Personalausschuss mit 8 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig ist.

Herr Bönecke begrüßte ebenfalls die Mitglieder und Gäste beider Ausschüsse und stellte die form- und fristgemäße Ladung fest. Im Weiteren wurde festgestellt, dass der Finanzausschuss mit 7 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig ist.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Auf die Anfrage von Herrn Bönecke Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche zur vorliegenden Tagesordnung betreffend, wurden keine Anträge vorgebracht. Der vorliegenden Tagesordnung wurde durch den Finanzausschuss einstimmig zugestimmt.

Auf Anfrage von Herrn Koschig wurden seitens des Haupt- und Personalausschusses ebenfalls keine Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche vorgebracht. Der vorliegenden Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Finanzausschuss: 7/0/0 – einstimmig
Haupt- und Personalausschuss: 8/0/0 - einstimmig

3. Öffentliche Anfragen und Informationen

Es wurden keine öffentlichen Anfragen und Informationen sowohl durch den Haupt- und Personalausschuss als auch durch den Finanzausschuss vorgebracht.

4. Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses und des Finanzausschusses am 20. November 2008

Herr Koschig stellte durch die Anwesenheit 2 weiterer Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses die Beschlussfähigkeit mit 10 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Durch den Haupt- und Personalausschuss wurden keine Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche zur vorliegenden Niederschrift vorgebracht. Der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 20.11.2008 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Durch den Finanzausschuss wurden ebenfalls keine Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche zur vorliegenden Niederschrift vorgebracht. Der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 20.11.2008 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 7/0/3 – mehrheitlich
Finanzausschuss: 5/0/2 - mehrheitlich

5. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 27. November 2008

Auf Nachfrage von Herrn Koschig wurden zur vorliegenden Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 27.11.2008 keine Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche vorgebracht. Der Niederschrift wurde mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

9/0/1 - mehrheitlich

6. Öffentliche Beschlussfassungen und Informationen

6.1. Haushaltssatzung 2009/Haushaltsplan 2009 Verwaltungshaushalt - Einzelpläne 0 - 9 Vorlage: DR/BV/494/2008/II-20

Herr Koschig erteilte Frau Nußbeck das Wort.

Unter Bezugnahme auf die zur heutigen Sitzung ausgereichten Übersicht der Termine für die Realisierung der Haushaltsplanung 2009 – Schwerpunkte der Haushaltsplanung – erklärte Frau Nußbeck, dass beabsichtigt sei, den Haushaltsplan 2009 in den Haushaltsberatungen des Finanzausschusses und Haupt- und Personalausschusses am 11.02.2009, 18.02.2009 und 25.03.2009 zu diskutieren. Schwerpunkt der Haushaltsberatung am 25.03.2009, so Frau Nußbeck weiter, werde das Jahresergebnis 2008 sein, dessen Ergebnis in die Haushaltsplanung 2009 einfließen solle und das Haushaltsdefizit positiv beeinflussen werde. Damit werde auch klar gestellt, wie hoch der tatsächliche Konsolidierungsbedarf sei, so Frau Nußbeck.

Im Anschluss daran sei geplant, den Haushaltsplan 2009 zur Beschlussempfehlung in die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses einzubringen. Sollte es in der Sitzung am 01.04.2009 ein positives Votum für den Haushaltsplan 2009 geben, so Frau Nußbeck, dann wäre eine Sondersitzung des Stadtrates zur Beschlussfassung denkbar und eine Beschlussfassung bereits vor der Sitzung des Stadtrates am 22.04.2009 möglich.

Frau Ehlert nahm Bezug auf Ausführungen Frau Nußbecks im Finanzausschuss zur Vorbereitung der Haushaltsberatungen 2009, in denen diese als Schwerpunktberatungen zu bestimmten Themen angedacht waren. Frau Nußbeck erklärte, dass die meisten der Schwerpunktthemen, wie beispielsweise Berufsfeuerwehr, Budgetierung u. a. noch offene Themen aus den Haushaltsberatungen 2008 bereits in den Sitzungen des Finanzausschusses abgearbeitet wurden. Im Übrigen komme man mit der Einzelbehandlung der verschiedenen Teile des Haushaltsplanes dem Wunsch der Stadträte nach, etwaige Nachfragen und Anträge zu bestimmten Positionen des Haushaltes vorbringen zu können und wenn möglich sofort beantwortet zu bekommen.

Herr Koschig leitete zur Betrachtung der Einzelpläne des Verwaltungshaushaltes über.

Einzelplan 0 – Allgemeine Verwaltung - Seiten 169 bis 208

Frau Ehlert nahm Bezug auf die Gruppierung 55 – Haltung von Fahrzeugen – und erbat eine Begründung für den Kostenaufwuchs. Eine weitere Anfrage beziehe sich auf die Gruppierung 59 – Softwarepflege. Frau Ehlert erbat hierzu Aussagen, in wie weit dies dem tatsächlichen Bedarf entspreche.

Frau Nußbeck nahm Bezug auf die Anfrage zu den Ansätzen für Softwarepflege und machte deutlich, dass die im Haushaltsplan abgebildeten Mittel den tatsächlichen Bedarf widerspiegeln und auch zukünftig erforderlich seien. Diesbezüglich verwies Frau Nußbeck auf eine durch die Verwaltung vorbereitete Vorlage für den Finanzausschuss zur Darstellung der fusionsbedingten Kosten. Hier, so Frau Nußbeck, seien diese Kosten im Vergleich zu den Vorjahren dargestellt. Dass diese Mittel notwendig seien und auch zweckentsprechend verwendet werden versicherte Frau Nußbeck anhand eines aktuellen Beispiels. So habe die Stadt derzeit mit einem Computervirus zu kämpfen, der eine Vielzahl von Kosten verursachenden Einzelmaßnahmen in diesem Bereich erforderlich mache.

Zum Aufwuchs der Fahrzeugkosten erklärte Frau Nußbeck, dass diese tatsächlich gestiegen seien. Ein Grund sei die im vergangenen Jahr erfolgte erhebliche Preissteigerung bei den Kraftstoffkosten. Ein weiterer Grund liege im gestiegenen Fahraufwand durch das Technische Rathaus in Roßlau.

Herr Dr. Schmidt nahm Bezug auf die unterschiedlichen Prognosen der Höhe der Heizungskosten speziell der kulturellen und sozialen Einrichtungen und erfragte, wie diese Zahlen ermittelt werden. Eine weitere Anfrage beziehe sich auf die Begründung der Einzelabbildung der Position Gebäudeversicherung bei verschiedenen Haushaltsstellen. Die dritte Anfrage beziehe sich auf die Haushaltsstelle 02500.60000 – Erarbeitung eines Leitbildes – mit der Bitte um Ausführungen zur weiteren Vorgehensweise.

Frau Wirth, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen, erklärte zur Anfrage die Heizungskosten betreffend, dass die unterschiedlichen Prognosen ursächlich mit der Zusammenlegung und/oder Trennung von Schulstandorten zusammen hänge.

Bezug nehmend auf die Einzelabbildung Gebäudeversicherung erklärte Frau Wirth, dass es sich hierbei lediglich um eine andere Darstellung handele. Zuvor waren die Mittel für Gebäudeversicherung in einer gemeinsamen Haushaltsstelle abgebildet, seien nun den einzelnen Objekten zugeordnet.

Herr Hantusch nahm Bezug auf die Anfrage Dr. Schmidts zum weiteren Vorgehen der Erarbeitung eines Leitbildes und erläuterte, dass für dieses Vorhaben für das Jahr 2008 insgesamt 30.000,00 EUR in den Haushalt eingestellt wurden, die nicht in Anspruch genommen wurden. Durch das Fachdezernat wurde die Übertragung in das Jahr 2009 beantragt. Stand aus dem Jahr 2008 sei, dass verschiedene Angebote eingeholt wurden. Eine Weiterführung des Prozesses werde in jedem Fall erfolgen, hänge aber zeitlich von der Genehmigung des Haushaltsplanes 2009 ab.

Herr Pätzold nahm Bezug auf die im Rahmen der Haushaltsdiskussion zum Haushaltsplan 2008 erfolgte Darstellung des Energieberichts 2007 und erinnerte an seinen Antrag, diese Thematik im Rahmen des Finanzausschusses eingehender zu behandeln, um gemeinsam konkrete Einsparungsmaßnahmen abzuleiten. Seine Frage zielle darauf ab, in wie weit im vorliegenden Haushaltsplanentwurf bereits diesbezügliche Maßnahmen Berücksichtigung gefunden haben bzw. wie hier der Stand der Dinge sei.

Frau Nußbeck erläuterte, dass derartige Maßnahmen im Wesentlichen den Vermögenshaushalt betreffen. Dennoch wurden die Ansätze bei den Unterhaltungskosten für Schulen um insgesamt 250.000,00 EUR erhöht, um bestimmte Maßnahmen, wie beispielsweise Erneuerung von Fenstern, zu realisieren.

Herr Wolfram, Amtsleiter des Schulverwaltungsamtes, ergänzte die Ausführungen auch in Bezug auf die Anfrage von Herrn Dr. Schmidt zu den unterschiedlichen Ansätzen bei den Heizungskosten und führte aus, dass sich dies in der Nutzung und unterschiedlichen Auslastung der Räume begründe. Bezug nehmend auf konkrete Maßnahmen zur Energieeinsparung erläuterte Herr Wolfram, dass im Jahr 2008 in insgesamt 3 Schulen jeweils wetterseitig die Fenster erneuert wurden. Im Weiteren wurden bei allen Sanierungen umfangreiche Wärmedämmmaßnahmen vorgenommenen und die Heizungsanlagen modernisiert, so dass diese durch das Grundstücks- und Gebäudemanagement computertechnisch überwacht werden können, d. h., dass die Raumtemperatur entsprechend den Außentemperaturen gesteuert werden könne. Ein weiteres Kriterium für die Heizungskosten sei der Vorjahresverbrauch, so Herr Wolfram. Selbstverständlich werden die Ansätze diesem angepasst. Abschließend erwähnt werden müsse, so Herr Wolfram, dass natürlich auch die aktuelle Entwicklung auf dem Energiemarkt Einfluss auf diese Kosten nehme und mit einkalkuliert werden müsse.

Herr Schönemann machte deutlich, dass diese Thematik im Komplex betrachtet werden müsse, um entsprechende konzipierte Maßnahmen auf den Weg bringen zu können. Wünschenswert sei, dieses Thema inhaltlich zu strukturieren und finanziell zu untersetzen. Ansinnen sei, so Herr Schönemann, den guten Weg, der hier beschritten wurde mit der Bündelung der Aufgabe, der klaren Strukturierung der Zuständigkeiten auf diesem Gebiet weiter zu gehen und dies in konkrete Maßnahmen einzubinden. Es gehe darum, ähnlich anderer Haushaltspositionen, dies mit Konzeptionen zu untersetzen, um die entsprechenden politischen Entscheidungen auf den Weg bringen zu können.

Weitere Anfragen wurden zum Einzelplan 0 nicht vorgebracht.

Einzelplan 1 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung – Seiten 209 bis 228

HHSt. 13200.600200 Öffentlichkeitsarbeit und Werbung

Frau Ehlert erfragte, wie sich die Bereitstellung der Mittel für die Gewinnung des Nachwuchses bei den Freiwilligen Feuerwehren ausgewirkt habe.

Herr Schneider, Amtsleiter des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz und Rettungsdienst führte aus, dass in 2008 mit Beschluss des Haushaltes ein entsprechendes Konzept erarbeitet und beschlossen wurde, d. h. vorbereitende Maßnahmen erfolgten, die mit der Bereitstellung der Mittel für das Jahr 2009 umgesetzt werden. Insofern seien die Auswirkungen erst am Ende dieses Jahres sichtbar.

HHSt. 12000.17710 Zuschuss für Lokale Agendawoche

Herr Dr. Schmidt erfragte die Gründe für die Reduzierung des Ansatzes. Frau Dr. Kessler, Amtsleiterin Amt für Umwelt und Naturschutz, erklärte, dass es sich hier um eine freiwillige Aufgabe handele und die Reduzierung des Ansatzes der aktuellen Haushalts-situation geschuldet sei.

Herr Dr. Schmidt stellte den Antrag, den Zuschuss an das Vorjahresniveau anzupassen, d. h. auf 3.000,00 EUR im Jahr 2009. Begründet wurde der Antrag, dass hier eine anerkannte und gute Arbeit geleistet werde und die Stadt Dessau-Roßlau als Standort des Umweltbundesamtes diese Arbeit unterstützen müsse.

Der Antrag werde auf die Änderungsliste zum Haushaltsplan aufgenommen und bedarf der abschließenden Abstimmung durch den Stadtrat, so Frau Nußbeck.

Weitere Anfragen wurden zum Einzelplan 1 nicht vorgebracht.

Einzelplan 2 – Schulen, Seiten 229 bis 285

HHSt. 27010.50100 „Pestalozzischule“ – Bauliche Unterhaltung

Herr Dr. Schmidt erfragte, in wie weit die in diese Einrichtung fließenden Investitionen vor dem Hintergrund der Schulentwicklungsplanung langfristig von Bestand seien.

Herr Wolfram erklärte, dass es sich um ein generelles Problem handele. Entsprechend der Gesetzgebung im Land Sachsen-Anhalt sei bis zum 30.04.2009 die sog. mittelfristige Schulentwicklungsplanung auf den Weg zu bringen. Der Entwurf dieser Planung werde dem Kulturausschuss nach der Bestätigung durch die Verwaltungsspitze in der Sitzung im März dieses Jahres vorgelegt. Der vorgelegte Entwurf sei dann das Ergebnis des derzeit mit allen Beteiligten durchgeführten Anhörungsverfahrens. Speziell auf die Anfrage von Herrn Dr. Schmidt bezogen bedeutet dies, so Herr Wolfram, dass die Stadt das Objekt „Pestalozzischule“ für den Planungszeitraum von 5 Jahren vorhalten möchte. In den nächsten Jahren werde es bei den Förderschulen (Lernbehinderte) eine Entwicklung geben, da immer mehr auf die integrative Beschulung Augenmerk gelegt werde. Diese Schule habe einen idealen Standort und somit auch mittelfristig Bestand. Langfristig könne bei Schulzusammenlegungen ein weiterer innerstädtischer Schulstandort zur Verfügung stehen. Schlussendlich sei die mittelfristige Schulentwicklungsplanung auch ein Ausdruck dessen, welche Investitionsmittel zukünftig in welche Objekte fließen.

Herr Schönemann nahm Bezug auf die Integrationsplanung und erfragte, ob diese für das Jahr 2009 bereits konzipiert sei.

Herr Wolfram erklärte, dass es diesbezüglich Empfehlungen gebe, dies aber noch nicht Gesetzeslage sei.

Eine weitere Anfrage von Herrn Schönemann bezog sich auf den Stand der Bearbeitung bezüglich des Schulgebäudes in Kleinkühnau, hier die Holzterrasse betreffend.

Herr Wolfram erklärte, dass es sich bei diesem Objekt um 2 Gebäude handle, wovon eines zur Jahrhundertwende und das zweite in den 20er Jahren gebaut wurde. Man müsse deutlich sagen, so Herr Wolfram, dass das 2. Gebäude eigentlich nicht benötigt werde, da der gesamte Schulbetrieb in dem anderen Gebäude stattfindet. Der Gesetzgeber schreibe derzeit einen Raumfaktor bei Grundschulen von 1,2 vor. In dieser Schule werden derzeit 4, manchmal 5 Klassen beschult. Das Problem bestehe darin, dass in dieser Grundschule nur 62 Schüler insgesamt angemeldet seien und dafür die vorhandenen Räumlichkeiten ausreichen. Um das Nebengebäude nicht ungenutzt zu lassen, habe man dieses erhalten und neben einer Mitnutzung durch die Grundschule einer Nutzung als sog. multikulturelles Zentrum und auch für den Ort zugeführt. Der Zugang zum Obergeschoss sei über eine Holzterrasse zu erreichen, die mit einem Stützpfeiler aus Eisen zusätzlich gestützt werde und sanierungsbedürftig sei. Eine Sanierung durch die Stadt sei momentan nicht möglich, erst dann, wenn das Gebäude einer komplexen Nutzung zugeführt werden würde.

HHSt. 27010.40000 Personalausgaben „Pestalozzischule“

Frau Nußbeck bejahte die Anfrage von Herrn Eichelberg, ob die hier dargestellte Erhöhung der Personalkosten auf die Tarifsteigerungen zurückzuführen sei.

HHSt. 29000.63900 Kosten der Schülerbeförderung in Schulen

Herr Dr. Weber erfragte unter Bezugnahme auf die dargestellte Entwicklung der Kosten für die Schülerbeförderung die Gründe der enormen Kostenaufwüchse.

Frau Wirth erklärte, dass dies zum Großteil damit in Zusammenhang stehe, dass die für 2006 dargestellten Kosten die für die Stadt Dessau seien und die Folgejahre bis 2009 natürlich der Fusion Rechnung tragen, d. h. die hinzugekommenen Ortschaften beinhalten.

Herr Wolfram stimmte den Ausführungen von Frau Wirth zu. Im Weiteren hänge dieser Kostenaufwuchs mit der Übernahme der Konditionen aus den Landkreisen nach der Fusion zusammen. Weitere Auswirkungen habe die Einzel- bzw. Gruppenbeförderung zu speziellen Schulen.

Herr Schönemann nahm Bezug auf eine aktuelle Entwicklung bezüglich von Überlegungen hinsichtlich der Klassenstärken, wie beispielsweise in Oranienbaum, hin zu einem anderen Schulmodell für Randlagen und erfragte, ob dies eine Option für Dessau-Roßlau sei.

Herr Wolfram erklärte, dass dies ein sehr defiziles Problem sei. Die Stadt Dessau-Roßlau sei für alle Verhandlungen offen und bereit, mit ihrem vielfältigen Schulangebot Schule anzubieten und vorzuhalten. Der Stand sei der, dass es bereits Gespräche bezüglich der Berufsbildenden Schulen gebe.

Auf dem Gebiet Grund- und Sekundarschulen und Gymnasien seien die angrenzenden Gebietskörperschaften nicht zur Kooperation bereit, so Herr Wolfram. Eine Ausnahme betreffe Vockerode, deren Schüler die Walderseer Schule besuchen. Der Kreistag habe hier zugestimmt, dass der Besuch der Grundschule und der weiterführenden Schulen für Schüler aus Vockerode auch zukünftig gestattet werde.

Weitere Anfragen wurden zum Einzelplan 2 nicht vorgebracht.

Einzelplan 3 – Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege, Seiten 287 bis 320

Frau Ehlert erbat konkrete Aussagen zum Arbeitsstand der noch fehlenden Konzepte

- Sportstättenkonzept
- Bibliothekskonzept
- Museumskonzept.

Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit, Bildung, Soziales und Kultur, erklärte, dass das Bibliothekskonzept für die abschließende Beratung im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport vorliege. Hier bedarf es lediglich noch der Abstimmung, die Außenstellen befristet weiter zu führen, um eine Entscheidung zur möglicherweise ehrenamtlichen Betreibung zu treffen.

Bezug nehmend auf das Museumskonzept bedarf es noch der Klärung der Beteiligung der Einrichtungsleiter und im Übrigen auch der Klärung über die Einrichtung einer sog. Zentralverwaltung im Bereich der Museen. Diesbezüglich finde in den nächsten Tagen eine Beratung in seinem Hause statt. Im Weiteren werde auch diese Problematik im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport abgestimmt und es werde davon ausgegangen, dass Ende des ersten Halbjahres 2009 ein Museumskonzept vorliegen werde.

Herr Schönemann nahm Bezug auf die zurückliegende Diskussion zur Einrichtung eines Kulturbetriebes. Die Problematik einer Zentralverwaltung im Bereich der Museen sei seiner Meinung nach ein erster Schritt für eine vernünftige Entwicklung. Er erfragte an Herrn Dr. Raschpichler gewandt, ob er einschätzen könne, in wie weit es sich lohne, sich systematisch diesem Thema zu nähern und ob die bisherige konzeptionelle Arbeit seines Fachbereiches als „Vorbote“ einer konsequenten Lösung der Problematik anzusehen sei.

Herr Dr. Raschpichler erklärte, dass er diese Frage so verstehe, dass es langfristiges Ziel sein solle, zu einem Kulturbetrieb in welcher Geschäftsform auch immer zu gelangen. Fakt sei, so Herr Dr. Raschpichler, dass der Zuschussbedarf bleiben werde. Er könne zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sagen, ob man den Weg in diese Richtung intensiv weiter gehen werde, da momentan das Hauptaugenmerk auf den Museen liege.

Ein Kulturbetrieb, so Herr Dr. Raschpichler, müsse seiner Meinung nach auch das Anhaltische Theater und weitere kulturelle Einrichtungen in die Betrachtungen mit einbeziehen. Er würde hier gern die diesbezügliche Diskussion im Fachausschuss abwarten, da es sich hierbei um eine tiefgreifende Entscheidung handele.

Herr Dr. Schmidt nahm Bezug auf die Ausführungen zum Kulturbetrieb und führte aus, dass eine diesbezügliche Beschlussvorlage im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport vorlag und mehrheitlich durch alle Fraktionen zurückgestellt wurde. Hauptgrund dafür war, dass die Vision, einen zentralisierten Kulturbetrieb mit 7 wissenschaftlichen Mitarbeitern zubilden, fachlich nicht begründbar war.

Der harte Konsolidierungskurs der Stadt lasse hierfür keinen Raum und schränke den Betrieb der Museen im Einzelnen stark ein. D. h., so Herr Dr. Schmidt, dass diesbezüglich grundsätzliche Entscheidungen getroffen werden müssen und nicht vor dem Hintergrund der Haushaltsdiskussion.

Herr Dr. Schmidt nahm im Weiteren Bezug auf die zurückliegende Haushaltsdiskussion zur Thematik und den Beschluss der Einrichtung einer Haushaltsstelle für die Förderung von Dessau-Roßlauer Festen. Er bat bezüglich der Kulturförderung und der Förderung von Veranstaltungen in den Ortschaften um Darstellung eines Vergleiches des Jahres 2008 zur Planung 2009, um die Umverteilungen nachvollziehen zu können. Frau Nußbeck sagte eine entsprechende Darstellung für die Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport zu.

HHSt. 32120.61000 Ausstellungen und Veranstaltungen Anhaltische Gemäldegalerie

Herr Dr. Schmidt erfragte die Gründe für die Reduzierung dieses Ansatzes. Herr Lambrecht, Amtsleiter für Kultur, Tourismus und Sport erklärte, dass der Mehrbedarf für diese Position aus den Haushaltsstellen 58000 – Unterhaltung von Kunst- und Sammlungsgegenständen, 60000 – Publikationen und Dokumentationen, 65500 – Honorare und 65800 – Transport und Lagerkosten gedeckt werde.

Dennoch, so Herr Dr. Schmidt, handele es sich hier um die Reduzierung des Ansatzes insgesamt und dieser sei zu begründen.

Herr Koschig erklärte, dass aufgrund notwendiger Renovierungsmaßnahmen nur einige wenige Ausstellungen stattfinden können, so dass der Ansatz hierfür reduziert wurde.

HHSt. 32120.50001 Sanierung Schloss Georgium

Herr Dr. Schmidt erfragte, welche Arbeiten die Position umfasse.

Frau Nußbeck erklärte, dass es sich hierbei um Unterhaltungsaufwand handele. Herr Lambrecht ergänzte, dass diese Maßnahmen die Verbesserung des baulichen Zustandes sowohl im Innen- als auch im Außenbereich und die Verbesserung der Ausstellungsgestaltung insgesamt umfassen.

Frau Ehlert nahm Bezug auf die zurückliegende Haushaltsdiskussion und erfragte bezüglich des 90jährigen Jubiläums des Bauhauses Dessau, ob hierfür Mittel im Haushalt eingeplant seien.

Herr Lambrecht erklärte, dass u. a. auch für die Sitzung des Finanzausschusses am 18.02.2009 eine entsprechende Beschlussvorlage vorbereitet wurde. Der Finanzierungsplan sehe folgende Finanzierung vor:

25.000,00 EUR Eigenmittel der Stadt Dessau-Roßlau
 14.000,00 EUR Fördermittel Lotto-Toto Sachsen-Anhalt
 44.000,00 EUR Kulturstiftung des Bundes
 5.000,00 EUR Stiftung Bauhaus.

Frau Nußbeck ergänzte, dass die Beschlussvorlage zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplanes noch nicht vorlag und durch die Verwaltungsspitze bestätigt werden musste. Der finanzielle Bedarf wurde auf die Änderungsliste zum Haushaltsplan aufgenommen.

Herr Schönemann kritisierte an dieser Stelle das Vorgehen und den zeitlichen Ablauf zur Vorbereitung eines solchen international bedeutsamen Ereignisses und erfragte, wie derartige Veranstaltungen zukünftig besser vorbereitet werden können. Er denke da an eine zukünftige Zusammenarbeit mit den Städten Weimar und Berlin. Dieses Thema, so Herr Schönemann, sei nicht nur allein Sache der Stiftung Bauhaus, sondern gehöre zu unserer Stadt allgemein.

Herr Lambrecht machte den Kostenumfang eines solchen Ereignisses am Beispiel des Freistaates Thüringen deutlich. Hier wurden insgesamt 1,7 Mio. EUR für die Vorbereitung und Durchführung der Feierlichkeiten und Veranstaltungen bereitgestellt.

Zukünftig müsse man sich, z. B. in Vorbereitung des 100jährigen Jubiläums, rechtzeitig um Kontakte zur Landesregierung bemühen, um entsprechende Fördermittel zu erhalten.

HHSt. 32140.53000 Mieten Stadtarchiv, Lange Gasse 22, Schlossplatz, Luchplatz

Herr Giese-Rehm erbat Erläuterungen zum dargestellten Kostenaufwuchs.

Herr Lambrecht erklärte, dass sich der Aufwuchs in der Anmietung von Gebäuden für das Stadtarchiv begründe.

Herr Schönemann griff diese Problematik auf und machte deutlich, dass die Situation des Stadtarchivs insgesamt unbefriedigend sei. Man könne hier durchaus von einem Notstand sprechen. Er erfragte, ob es diesbezüglich ein Konzept geben werde, wie dieses Problem zukünftig lösbar sei.

Herr Lambrecht erklärte, dass das Problem des Archivs darin liege, dass es sozusagen aus den Fugen gerät. Der Grund sei die Vielzahl der erworbenen und erhaltenen Exponate und Ausstellungsgegenstände. Die Kapazität des Stadtarchivs sei erschöpft, so dass die Anmietung geeigneter und zusätzlicher Gebäude notwendig werde. Mit der Lösung dieses Problems sei bereits seit geraumer Zeit eine Arbeitsgruppe von verschiedenen Ämtern befasst. Eine schnelle Lösung sei jedoch nicht in Sicht, so Herr Lambrecht. Der Gedanke eines Archivgebäudes werde auch zukünftig ein Thema sein, sei aber investiv noch nicht geplant.

HHSt. 32140.61000 Sachausgaben für Archiv

Herr Giese-Rehm erfragte den Grund für die Reduzierung des Ansatzes.

Frau Nußbeck erklärte, dass die erhöhten Ansätze in den Jahren 2007 und 2008 auf die Fusion zurückzuführen seien. Durch die Zusammenlegung habe es einen ganz erheblichen Mehraufwand für die Archivierung gegeben. Dies habe der Leiter des Stadtarchivs, Herr Kreißler, im Rahmen einer Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport bereits dargestellt.

Weitere Anfragen zum Einzelplan 3 wurden nicht vorgebracht.

Einzelplan 4 – Soziale Sicherung, Seiten 321 bis 396

Frau Ehlert erfragte, wann das Seniorenkonzept vorliegen werde.

Herr Dr. Raschpichler erklärte, dass das Seniorenkonzept bis zum 30.06.2009 verwaltungsintern abgestimmt und bis zum Jahresende 2009 dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werde.

Eine weitere Anfrage von Frau Ehlert bezog sich auf die Thematik der Nutzung sog. „Freitische“ (freie Schulspeisung) in Kindereinrichtungen und Schulen. Eine zurückliegende zu diesem Thema bereits vorgebrachte Anfrage ergab, dass nach Aussage des Sozialdezernates dies nicht möglich sei, da die Schulspeisung an Dritte vergeben wurde. Frau Ehlert machte deutlich, dass die Möglichkeit Ihrer Meinung nach schon aufgrund des Gesetzes sehr wohl gegeben sei. Aus diesem Grund erbat Frau Ehlert nochmals um Prüfung, die Vorlage konkreter Bedarfszahlen und die Darstellung der Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Herr Dr. Raschpichler führte aus, dass in seinem Fachbereich dieses Thema nochmals diskutiert wurde. Problematisch stelle sich in der Tat das Verfahren zur Gewährung freier Schulspeisung vor dem Hintergrund der Vergabe dieser Leistung an Dritte dar. Einzuschätzen sei, dass die Gewährung freier Schulspeisung für den städtischen Haushalt eine erhebliche Belastung darstelle.

Frau Ehlert erklärte, dass ihr bewusst sei, dass dies zu erheblichen Belastungen führe. Aus diesem Grund sollte man sich anhand konkreter Bedarfszahlen eingehender mit der Thematik beschäftigen, um zu einer objektiven Entscheidung kommen zu können.

Herr Dr. Raschpichler sagte eine kurzfristige Darstellung in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales zu.

Frau Ehlert nahm Bezug auf ihr bekannt gewordene Hinweise, dass keine Darlehen für die Nachzahlung von Mietnebenkosten, weder von der Stadt noch von der ARGE, gewährt werden. Aufgrund dessen werden Betroffenen durch die DVV Strom und Fernwärme abgestellt. Diese Problematik bedarf einer dringenden Klärung.

Herr Dr. Raschpichler erklärte, dass er sich dieses Problems annehmen werde. Sollte dem so sein, so laufe dies getroffenen Vereinbarungen mit den Versorgungs- und Wohnungsunternehmen zuwider. Diesbezüglich erbat Herr Dr. Raschpichler an Frau Ehlert gerichtet um Angaben zu konkreten Fällen, um hier gezielt unterstützen zu können.

Herr Koschig bestätigte das Problem unter Bezugnahme auf beim Bürgerbeauftragten aufgelaufene Fälle. Die Schwierigkeit bestehe darin, dass die Betroffenen sich scheuen, dem Sozialamt gegenüber ihre Notlage darzustellen, was eine sofortige Hilfe und Unterstützung schwer mache. In den ihm bekannten Fällen habe das Sozialamt umgehend reagiert und auch mit den Versorgern Kontakt aufgenommen. Er schließe sich der Bitte von Herrn Dr. Raschpichler an, sobald Kenntnis solcher Fälle bestehe, sich umgehend mit dem Fachbereich in Verbindung zu setzen.

HHSt. 41030.73201 Beihilfen Schulbedarf

Herr Giese-Rehm nahm Bezug auf eine neue gesetzliche Regelung, die seit Herbst letzten Jahres wieder einmalige Beihilfen im Bereich Schulbedarf festlege. Dies müsse zusätzlich zu der zum Haushalt beschlossenen einmaligen Einschulungsbeihilfe in die Position Gewährung von Beihilfen noch einfließen müsse. Im Weiteren bezog sich Herr Giese-Rehm auf ein aktuell veröffentlichtes Urteil des Bundessozialgerichtes, wonach die Sätze für die Förderung von Kindern in Bedarfsgemeinschaften zu niedrig und demzufolge nachzubessern seien. Er erfragte, welche Auswirkungen dies auf den städtischen Haushalt habe.

Herr Dr. Raschpichler sagte eine Beantwortung beider Anfragen im Ausschuss für Gesundheit und Soziales zu.

HHSt. 48200.69311 Grundsicherung nach SGB II – Erstaussstattung Wohnungen

Herr Bönecke erfragte die Gründe für den Aufwuchs bei den Ausgaben für die Erstaussstattung Wohnungen. Im Weiteren sehe er einen Widerspruch in der HHSt. 48200.69300 – Wohnungsbeschaffungskosten ..., deren Kosten sich gegenüber dem Jahr 2007 erheblich reduziert haben.

Herr Flaischlen, Abteilungsleiter Sozialamt, erklärte, dass es sich hierbei zum einen um die Anpassung an die tatsächliche Entwicklung im Jahr 2008 handele. Die Ansatzreduzierung bei den Wohnungsbeschaffungskosten resultiere daraus, dass diese Position im Jahr 2007 eine Sammelhaushaltsstelle war und auch hier eine Anpassung an die tatsächliche Entwicklung im Jahr 2008 vorgenommen wurde.

Herr Giese-Rehm nahm Bezug auf die zurückliegenden Beratungen des Jugendhilfeausschusses, in dem u. a. die Problematik Hilfen zur Erziehung und ein daraus zu erzielender Einsparvorschlag von ca. 800.000,00 EUR thematisiert wurde. Herr Giese-Rehm machte deutlich, dass er dies für eine nicht durchführbare Maßnahme halte, weil eigentlich ein höherer Bedarf vorhanden sei. Er bat darum, sich nochmals mit dieser Problematik auseinanderzusetzen. In diesem Zusammenhang sei für ihn von Interesse, so Herr Giese-Rehm, wie ein solcher Einsparvorschlag zustande komme.

Frau Wirth erklärte, dass dieser Einsparvorschlag in vollem Umfang vom Fachamt vorgebracht wurde.

Frau Förster, Amtsleiterin des Jugendamtes, erklärte, dass diesem Vorschlag 2 Ursachen zugrunde liegen. Zum einen hatte man vom Ansatz her erstmalig eine Erhöhung in der fortlaufenden Berechnung der Einzelfälle, so dass sich diese Gesamtsumme von ca. 800.000,00 EUR dadurch bereits um ein Drittel reduzieren würde, was generell ursprünglich vom Ansatz her vorgesehen war und nicht notwendig gewesen sei. Im Vergleich zwischen den einzelnen Hilfen gebe es eine Verschiebung in den ambulanten, stationären und teilstationären Bereichen, was auf Personalveränderungen in diesen Bereichen zurückzuführen sei. Im Weiteren gab es im Prozess des Selbsthilfeplanes eine Umstellung, d. h., unter Einbeziehung der Betroffenen und der Träger ein wesentlich gestraffteres Verfahren. All diese genannten Faktoren führten zu dieser Einsparung, die in keinem Fall auf der Versagung benötigter Hilfe basiert. Frau Förster betonte abschließend, dass niemandem, der in irgendeiner Weise Hilfe beansprucht, diese verweigert werde.

Weitere Anfragen zum Einzelplan 5 wurden nicht vorgebracht.

Einzelplan 5 – Gesundheit, Sport, Erholung, Seiten 397 bis 430

Frau Ehlert erfragte, wann mit dem Sportstättenkonzept zu rechnen sei. Im Weiteren bezog sich Frau Ehlert auf die Aktion „Aktiv im Alter“ und erfragte, in wie weit dies im Haushaltsplan abgebildet sei.

Herr Dr. Raschpichler erklärte Bezug nehmend auf das Sportstättenkonzept, dass dieses bereits vorliege, es noch internen Abstimmungsbedarf gebe. Ziel sei es, so Herr Dr. Raschpichler, das Konzept bis zum 30.06.2009 vorzulegen.

Die Anfrage zu den Aktivitäten der Stadt die Aktion „Aktiv im Alter“ betreffend werde bis zur nächsten Sitzung beantwortet, so Herr Dr. Raschpichler.

HHSt. 56040.51000 Bauliche Unterhaltung – Sanierung der Laufbahn P.-Greifzu-Stad.
HHSt. 56090.50000 Bauliche Unterhaltung – Elbe-Rossel-Halle
UA 57210 – Südschwimmhalle

Herr Dr. Schmidt erbat Erläuterungen zu den HHSt. 56040.51000 und 56090.50000 und Ausführungen, ob die Südschwimmhalle in die Betrachtungen durch Rödl & Partner zur Untersuchung der Kernverwaltung mit einbezogen werde.

Herr Lambrecht erklärte unter Bezugnahme auf die Sanierung der Laufbahn im Paul-Greifzu-Stadion, dass diese aufgrund der intensiven Nutzung in den zurückliegenden 12 Jahren den Vorgaben und Richtlinien angepasst werden müsse.

Bezug nehmend auf die Südschwimmhalle erläuterte Herr Lambrecht, dass es aus den Jahren 1997/98 ein Bäderkonzept gebe, in der die Südschwimmhalle als Sport- und Schulsportbad festgeschrieben wurde. Die Umsetzung war bisher aus haushalterischen Gründen und fehlenden Förderprogrammen nicht möglich. Sollte es ein diesbezügliches Förderprogramm geben, so würde man versuchen, diese Maßnahme im Haushalt abzubilden. Zeitlich könne dies jedoch nicht festgelegt werden. Der Aufwuchs bei der Südschwimmhalle sei auf die höheren Bewirtschaftungskosten gegenüber der Stadtschwimmhalle zurückzuführen, was selbstverständlich auch in dem baulichen Zustand der Halle begründet sei.

Herr Schönemann nahm Bezug auf das genannte Bäderkonzept und schlug vor, im Haushalt zumindest einen Arbeitstitel festzuschreiben. Vor dem Hintergrund der Nutzung dieser Halle für den Schul- und Schwimmsport sei es dringend notwendig, das mittlerweile in die Jahre gekommene Konzept den aktuellen Entwicklungen anzupassen.

Herr Dr. Weber machte deutlich, dass es enormer finanzieller Anstrengungen bedarf, diese Schwimmhalle nutzbar zu machen. Der jetzige Zustand und damit die Höhe der jährlichen Unterhaltungskosten seien seiner Meinung nach nicht tragbar. Vor dem Hintergrund der Haushaltssituation müsse man sich diesem Thema nochmals tiefgründiger widmen und sich die Frage stellen, in wie weit die Stadt sich diesen Kostenfaktor noch leisten könne und wolle.

Herr Dr. Weber gab dies als Prüfauftrag an die Verwaltung weiter.

Bezug nehmend auf die Kostenaufwüchse bei der Elbe-Rossel-Halle verwies Frau Nußbeck auf die Beantwortung der Anfrage durch das Fachamt in der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport am 10.02.2009.

HHSt. 56000.61000 Kommunale Sportveranstaltungen und Sportförderung

Herr Eichelberg nahm Bezug auf den reduzierten Ansatz und erfragte, ob dies bedeute, dass in diesem Jahr weniger Großsportveranstaltungen durchgeführt werden.

Herr Hirsch, Abteilungsleiter Sport, erklärte, dass der Rückgang der Ausgaben mit der Planung der unterschiedlichen Arten von Veranstaltungen zusammenhänge. In 2009 seien nicht weniger Veranstaltungen geplant, bezüglich der Finanzierung es jedoch so sei, dass diese im Wesentlichen durch Mittel von Lotto Toto und Sponsoren zu fast 100 % abgesichert werde.

Unterabschnitt 56016 Bowling-Centrum Rodleben

Herr Bönecke erfragte die Gründe für die Unterdeckung der Kosten für eine verpachtete Einrichtung. Im Weiteren erscheinen ihm die Kosten für steuerliche Beratungsleistungen mit Blick auf das Ergebnis doch sehr hoch.

Herr Rumpf, Ortsbürgermeister Rodleben, erklärte, dass die Kosten für die Beratungsleistungen daraus resultieren, dass es sich um einen Betrieb gewerblicher Art handele. Im Weiteren sei dieses Bowling-Centrum zwar verpachtet, aber trotzdem eine kommunale Freizeiteinrichtung, die im Übrigen im Gebietsänderungsvertrag festgeschrieben sei. Eine mögliche Verbesserung der Einnahmesituation könne nur durch Motivierung des Pächters bzw. durch Pächterwechsel erfolgen.

Weitere Anfragen wurden zum Einzelplan 5 nicht vorgebracht.

Einzelplan 6 – Bau- und Wohnungswesen, Verkehr – Seiten 431 bis 464

HH-Stelle 66000.51003 Unterhaltung der Straßen

Herr Giese-Rehm erbat Ausführungen zu den Gründen des Aufwuchses und erfragte gleichzeitig, ob man diese Ausgaben nicht reduzieren sollte in der Hoffnung, diese Aufgabe vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung möglicherweise zukünftig nicht mehr wahrnehmen zu müssen.

Herr Hantusch erklärte, dass man dabei die Erwartungshaltung der Bürger beachten müsse. D. h., dass er gut ausgebaute Straßen erwarte. Die demographische Entwicklung im Übrigen werde nicht derart voranschreiten, dass davon auszugehen sei, diese Unterhaltungsmaßnahmen kurzfristig nicht mehr auf kommunaler Ebene durchführen zu müssen.

Herr Bönecke ergänzte, dass eine Reduzierung der Mittel für den Straßenunterhalt von Bundesstraßen und damit nicht durchgeführte erforderliche Unterhaltungsmaßnahmen eine Flut von Schadensersatzansprüchen gegen die Stadt aufgrund von Straßenschäden erwarten lassen.

Herr Schönemann sprach eine generelle Problematik im Wohnungswesen an und erbat die Thematisierung der Anpassung des Mietspiegels an die aktuelle Entwicklung. Er sehe hierin ein mögliches Potential zur Generierung von Einnahmen für den städtischen Haushalt und bat um Prüfung und Darstellung der Auswirkungen.

Weitere Anfragen zum Einzelplan 6 wurden nicht vorgebracht.

Einzelplan 7 – Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung – Seiten 465 bis 485

HHSt. 78000.13000 – Einnahmen aus Verkauf

Herr Dr. Weber erfragte den Grund für die erhöhte Planung der Einnahmen u. a. aus dem Holzverkauf.

Herr Schmieder, Amtsleiter Bauverwaltungsamt, erläuterte, dass dies die Reaktion auf die steigende Nachfrage sei. Der Bedarf an Holzscheinen für den privaten Bereich sei in diesem Jahr sprunghaft angestiegen und die Planung der Einnahmen eine optimistische Einschätzung, dass sich dies im Jahr 2009 fortsetze.

Unterabschnitt 79180 – Technologie- und Gründerzentrum Kühnauer Straße

Herr Dr. Schmidt erbat vor dem Hintergrund steigenden Zuschussbedarfes Ausführungen zum Stand der Vermarktung des Gebäudes.

Herr Antal, amt. Amtsleiter Wirtschaftsförderung, erklärte, dass es einen Betreibervertrag mit einem privaten Dritten gebe, der gekündigt sei und die Betreuung im Jahr 2010 an die Stadt zurückgehe, so dass davon ausgegangen werde, dass eine Optimierung der Betreuung erfolge.

Herr Schönemann machte deutlich, dass die Lösung der Optimierung der Betreuung eine Frage der besseren Ausrichtung sei, d. h. dass es konzeptioneller Maßnahmen bedarf. Er sehe hier zukünftig im Rahmen des Wirtschaftsausschusses Diskussionsbedarf und möchte dies an dieser Stelle anregen.

Herr Dr. Schmidt griff die Ausführungen von Herrn Schönemann auf und richtete seine Bitte an die Verwaltung, diese Problematik u. a. auch im Rahmen des Wirtschaftsausschusses zu thematisieren. In den vergangenen Jahren seien erhebliche finanzielle Mittel in dieses Projekt geflossen und die derzeitige Situation der Auslastung sei mehr als unbefriedigend. Hier müsse einfach mehr passieren, so Herr Dr. Schmidt, da dies auch für den Technologiestandort von Wichtigkeit sei.

Herr Hantusch stimmte seinen Vorrednern zu, diese Problematik konzeptionell anzugehen. Das bedeute, dass man sich nicht nur mit dem Betreiberkonzept auseinander setzen müsse, sondern dass man sich in erster Linie auch mit dem Aspekt der inhaltlichen Belebung befassen müsse.

An dieser Stelle verwies Herr Hantusch auf den Unterabschnitt 79100 – Förderung von Wirtschaft und Verkehr - und teilte im Zusammenhang mit der konzeptionellen Arbeit zur Förderung des Stadtmarketing mit, dass in Übereinstimmung mit der Beigeordneten für Finanzen Mittel in Höhe von 60.000,00 EUR zur Verfügung gestellt werden, die es ermöglichen, Basisdaten im Rahmen einer sog. SWOT-Analyse erstellen und mögliche Fördermittel einwerben zu können.

Frau Nußbeck bestätigte dies und verwies auf die Änderungsliste zum Haushaltsplan.

HHSt. 79000.40000 – Personalausgaben Stadtinformation und Tourismusmarketing

Herr Giese-Rehm erbat Ausführungen zu den Gründen des Kostenaufwuchses und eine Darstellung der Personalentwicklung in diesem Bereich.

Frau Nußbeck sagte eine Darstellung bis zur Ausschusssitzung am 18.02.2009 zu.

Eine weitere Anfrage von Herrn Giese-Rehm bezog sich auf die HHSt. 79000.66102 – Mitgliedsbeitrag Tourismusverband Anhalt-Wittenberg e. V. und die Gründe für den Ansatz in 2009.

Herr Lambrecht erklärte, dass dieser Ansatz bislang im Bereich Wirtschaftsförderung zu finden war und neu die Darstellung im Bereich Stadtinformation und Tourismusmarketing erfolge.

Weitere Anfragen zum Einzelplan 7 wurden nicht vorgebracht.

Einzelplan 8

- **Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen**
- **Seiten 487 bis 504**

HHSt. 88030.54010 und 88030.54030 – Geschäftsgrundstücke

Herr Bönecke erfragte die Gründe zu den Aufwüchsen bei den Ausgaben für Heizung, Wasser und Abwasser.

Frau Nußbeck sagte eine Darstellung durch das Fachamt bis zur Sitzung am 11.02.2009 zu.

Weitere Anfragen zum Einzelplan 8 wurden nicht vorgebracht.

Einzelplan 9 – Allgemeine Finanzwirtschaft – Seiten 505 bis 511

Herr Giese-Rehm erfragte bezogen auf die Grundsteuer B, ob bezüglich einer einheitlichen Besteuerung von Grundstücken mit einer Änderung der bisher geltenden gesetzlichen Regelungen zu rechnen sei. Seine Frage ziele auf den aktuellen Entwicklungsstand bezüglich der eingereichten Petition im Bundesrat ab.

Frau Wirth erklärte, dass diesbezüglich nichts bekannt sei und die Planung auf dem derzeitigen rechtlichen Stand vorgenommen wurde.

Frau Ehlert ergänzte, dass eine unlängst durch sie vorgenommene Anfrage zum Stand der Bearbeitung beim Bundesrat keine zeitnahe Entscheidung erwarten ließ.

Weitere Anfragen zum Einzelplan 9 wurden nicht vorgebracht.

Frau Ehlert erfragte abschließend nähere Informationen den Schaden an städtischen Fahrzeugen aufgrund von Vandalismus betreffend.

Frau Nußbeck führte aus, dass insgesamt 4 Dienstfahrzeuge beschädigt wurden. 2 Fahrzeuge seien ausgebrannt und somit Totalschaden und 2 Fahrzeuge seien nach Reparatur wieder einsatzfähig. Im Übrigen, so Frau Nußbeck, seien Vandalismusschäden nicht versichert.

Weitere Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Herr Koschig schloss den öffentlichen Teil der Sitzung. Es wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

8. Öffentliche Beschlussvorlagen und Informationen

8.1. Bewerbung der Stadt Dessau-Roßlau zur Ausrichtung des Sachsen-Anhalt-Tages im Jahr 2012
Vorlage: DR/BV/379/2008/V-41

Herr Bönecke erteilte dem Amtsleiter des Amtes für Kultur, Tourismus und Sport, Herrn Lambrecht, das Wort für inhaltliche Ausführungen zum Beschlussvorschlag.

Herr Lambrecht wies bezüglich der vorliegenden Beschlussvorlage darauf hin, dass es sich hierbei in erster Linie um eine Willensbekundung gegenüber der Landesregierung und um die Sicherung der hierfür erforderlichen Mittel handele.

Eine Entscheidung über die Vergabe des Festes durch die Landesregierung bedarf eines Mehrheitsbeschlusses des Stadtrates, der zu gegebener Zeit vorliegen werde.

Anfragen zum vorliegenden Beschlussvorschlag wurden nicht vorgebracht.

Abstimmungsergebnis:

8/0/0 - einstimmig

**8.2. Produktbuch der Stadt Dessau-Roßlau - Dezernat VI -
Vorlage: DR/BV/509/2008/II-20**

In Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Finanzausschusses schlug Frau Nußbeck vor, den Tagesordnungspunkt 8.2 aufgrund der fortgeschrittenen Stunde auf einen anderen Sitzungstermin zu vertragen.

Gegen diesen Vorschlag wurden keine Einwendungen vorgebracht.

10. Schließung der Sitzung

Herr Bönecke schloss die Sitzung des Finanzausschusses um 19.40 Uhr.

Dessau-Roßlau, 30.04.09

Matthias Bönecke
Vorsitzender Ausschuss für Finanzen

Düring
Schriftführer